

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 29.09.2017
Sitzungsbeginn: 16:39 Uhr
Sitzungsende: 22:40 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Heinrich Löwer - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Frau Anna Rembas - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Frau Sonja Sell - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Gerald Weidemann - SPD
Herr Dirk Bamberger - CDU
Herr Joachim Brunnet - CDU
Herr Oliver Hahn - CDU
Herr Manfred Jannasch - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Herr Roger Pfalz - CDU
Frau Runhild Piper - CDU

Herr Mathias Range - CDU
 Herr Hans-Martin Reissner - CDU
 Frau Karin Schaffner - CDU
 Herr Jens Seipp - CDU
 Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU
 Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen
 Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen
 Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen
 Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
 Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen
 Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
 Frau Renate Bastian - Marburger Linke
 Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke
 Herr Roland Böhm - Marburger Linke
 Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke
 Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke
 Herr Jan Schalauske - Marburger Linke ab 18:34 Uhr (zu TOP 15)
 Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke
 Frau Inge Sturm - Marburger Linke
 Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL
 Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL
 Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP/MBL
 Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL
 Herr Roland Frese - BfM
 Frau Gabriele Mensing - BfM
 Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM
 Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei bis TOP 17.12

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Herr Hermann Heck - CDU	- entschuldigt -
Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU	- entschuldigt -
Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	- entschuldigt -

Mitglieder des Magistrats

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD	
Herr Bürgermeister Dr. Franz Kahle - B90/Die Grünen	
Frau Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach - SPD	
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD	
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD	
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD	
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU	
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU	
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU	
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen	
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke	
Herr Stadtrat Heinz Ludwig - MBL	- entschuldigt -
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM	

Protokoll

Herr Lothar Sprenger, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht vorgetragen.

Die Stadtverordnetenversammlung gedenkt anschließend der ehemaligen Stadtverordneten Heide-Christine Debelius und Dr. Raimer Wulff, die vor kurzem verstorben sind.

Im Anschluss unterbricht Stadtverordnetenvorsteherin Wölk die Sitzung um 16:43 Uhr zur Durchführung der Einwohner/innenfragestunde. Um 16:54 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk verweist auf die Vorlage Nr. VO/5840/2017, die als Tischvorlage allen Stadtverordneten vorliegt. Diese soll nach Abstimmung im Ältestenrat als TOP 18.3 auf die Tagesordnung genommen werden. Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt anschließend die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der zurückgestellten und zurückgezogenen Vorlagen und Anträge vor. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.08.2017

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.08.2017 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Das Protokoll gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 6, 8 bis 10 und 12 bis 15 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Gerald Weidemann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Weshalb ist in den Jahren seit 2010 das Urteil des Bundesverwaltungsgericht Az.: BVerwG 3 C 42.09, wonach Radwege nur dann als benutzungspflichtig gekennzeichnet werden dürfen, wenn aufgrund besonderer örtlicher Verhältnisse eine erhebliche Gefährdung für die Verkehrsteilnehmer besteht (§ 45 Abs.9 StVO), nicht umgesetzt worden und wann gedenkt die Stadtverwaltung, dies zu tun?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Urteil ist bei der Straßenverkehrsbehörde bekannt. Da kein besonderes Sicherheitsrisiko gesehen wird -in den meisten Fällen in der Stadt Marburg können die rot eingefärbten Flächen

auf Gehwegniveau auch weiterhin von Radfahrern genutzt werden- und aufgrund der vorhandenen Projektdichte mit höherer Priorität werden die dafür erforderlichen Überprüfungen Zug um Zug umgesetzt.

Bereits aufgehoben wurde die Benutzungspflicht in der Wilhelmstraße, der Umgehungsstraße im Stadtteil Cappel und in der Alten Kasseler Straße. Andere Straßen wie z.B. die Beltershäuser Straße, die Friedrich-Naumann-Straße oder die oberer Moischer Straße werden folgen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Gerald Weidemann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Im Stadtgebiet Marburg sind mancherorts "Hundekotbeutelspender" aufgestellt worden, an anderen passenden Orten jedoch nicht. Nach welchen Kriterien sind die Lokalitäten ausgesucht worden, gibt es eine Übersicht (bitte mitliefern) und ist für weitere Vorschläge ein Antrag im Stadtparlament nötig?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 – Gefahrenabwehr u. Gewerbe / DBM
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Verantwortung für die Hinterlassenschaften der Vierbeiner liegt grundsätzlich bei den Hundehaltern.

Im gesamten Stadtgebiet einschließlich der Stadtteile wurden an 141 Standorten Hundekotbeutelspender aufgestellt. Die Aufstellung ist hilfreich und sinnvoll, insbesondere weil Hundekot auf Gehwegen und öffentlichen Plätzen dazu beiträgt, das Erscheinungsbild der Stadt zu beeinträchtigen. Eine Aufstellung der Standorte ist beigefügt.

Anregungen zum Aufstellen von Hundekotbeutel Spendern nimmt den Fachdienst Gefahrenabwehr und Gewerbe oder der Dienstleistungsbetrieb Marburg entgegen.

Das Bereitstellen von Hundekotbeutel Spendern und ggf. zusätzlichen Abfallbehältern bedeutet auch, die regelmäßige Befüllung der Spender und Abholung des Mülls. Aufgrund des nicht unerheblichen Kostenaufwandes für das Aufstellen und Befüllen der Hundekotbeutelspender und der vielfach damit verbundenen Aufstellung und regelmäßigen Leerung von Abfallbehältern werden Anregungen auf Erforderlichkeit überprüft. Bei Anfragen und Anregungen zur Aufstellung von Hundekotbeutel Spendern erfolgt eine Besichtigung der vorgeschlagenen Standorte. Es wird geprüft, ob dort häufiger und vermehrt Hundekot festzustellen ist und wie stark der Bereich frequentiert wird. Berücksichtigt wird auch, ob in der unmittelbaren Nähe bereits Hundekotbeutelspender aufgestellt sind. Eine gute Erreichbarkeit durch den DBM sollte auch gegeben sein, da durch das Bereitstellen der Spender und ggf. Abfallbehälter die regelmäßige Befüllung der Spender und die Abholung des Mülls möglich sein muss.

Die jährlichen Gesamtkosten für Hundekotbeutelspender (Aufstellung und vor allem regelmäßiges Nachfüllen der Beutel) belaufen sich auf ca. 40.000 €, hinzu kommen die Kosten für die Aufstellung und Leerung von Abfallbehältern. Aufgrund dieser immens hohen Betreuungsaufwendungen sollen weitere Standorte nur eingerichtet werden, wenn es dafür die Bereitschaft zur Übernahme von Patenschaften zum Kontrollieren und Nachfüllen der Beutel gibt. Das Auf-

stellen von Hundekotbeutel Spendern gibt letztlich leider keine Garantie dafür, dass die Hundehalter davon auch Gebrauch machen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Dr. Kerstin Weinbach
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wie weit die Umzugspläne für einen neuen Standort des Dienstleistungsbetrieb Marburg fortgeschritten sind, um den Weg für eine Wohnbebauung am Krekel frei zu machen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Seitens der Stadtplanung erfolgt aktuell die Prüfung einer möglichen Erweiterung der Wohnnutzung im Gewerbegebiet „Am Krekel“, deren Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung zeitnah dargelegt werden soll. Auch wenn dabei ggf. Flächen des Servicehofes des DBM einbezogen werden sollten, ist eine Verlegung des Servicehofes bzw. des DBM insgesamt vom Krekel nicht beabsichtigt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Jonathan Schwarz
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

In der Kleinen Anfrage Nr. 37 vom 30.06.2017 wurde angegeben, dass die Anzahl der mit Nebenwohnsitz gemeldeten Personen seit Einführung der Zweitwohnsitzsteuer rasant zurückging. Geschieht dies zugunsten eines Anstiegs der Anzahl von Personen mit Erstwohnsitz oder haben sich die Menschen (vermutlich) aus Marburg zurückgezogen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Klärung der Meldeverhältnisse aller Nebenwohnsitze im Vorfeld und bei Einführung der Nebenwohnsitzsteuer konnte aufgrund der Vielzahl der Fälle nicht systematisch ausgewertet werden.

Es ist zu vermuten, dass etwa 10 % der angeschriebenen Personen aus der Nebenwohnung eine Hauptwohnung gemacht haben (ca. 400-500).

Der weitaus größte Anteil betraf veraltete Meldeangaben und wurde von den Personen zur Abmeldung der Nebenwohnung genutzt. Demzufolge sind aktuell auch nur noch 1550 Nebenwohnsitze registriert.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Dr. Elke Neuwohner
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Nach welcher Priorität werden die Plätze in der Kinderbetreuung vergeben, insbesondere für den Fall, dass nicht für alle suchenden Familien ein Platz zur Verfügung gestellt werden kann?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Gesetzt den Fall, dass in allen **kommunalen Kindertagesstätten** (Betreuung der Kinder über drei Jahre) ausreichend Plätze zur Verfügung stünden, würde das Anmeldedatum der Eltern einen entscheidenden Ausschlag für die Vergabe der Plätze geben. In diesem Fall würde keine Notlage vorherrschen und der Fachdienst könnte dem Bedarf der Eltern in hohem Maße entsprechen.

Gesetzt den Fall, dass mehrere Eltern ihr Kind gleichzeitig anmelden und der Fachdienst nur noch einen Platz in der Wunscheinrichtung vergeben kann, würde der Fachdienst Kinderbetreuung für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren folgende Kriterien zugrunde legen:

- Bestehen bei einem der Kinder pädagogische Gründe, die es rechtfertigen, schnellstmöglich einen Platz zu belegen, bzw. die gewünschte Betreuungszeit in Anspruch zu nehmen? Ein Indikator hierfür wäre ein Hinweis des Allgemeinen Sozialen Dienstes.
- Bestehen bei einem der Elternteile besondere soziale Indikatoren (z.B. Erkrankung), die eine Aufnahme des gewünschten Platzes notwendig machen. Bestehen besondere soziale Ausgangslagen wie (z.B. Ein-Eltern-Familien), die Unterstützung benötigen?
- Benötigen die Eltern den Platz dringend, um Familie und Beruf zu vereinbaren?

Gleichermaßen ist der Fachdienst bestrebt, Geschwisterkinder stets in derselben Einrichtung aufzunehmen.

In der Betreuung der Kinder unter drei Jahren stehen den Eltern neben den Krippeneinrichtungen eine Vielzahl an unterschiedlichen Betreuungszeiten und -konzepten durch Tagespflegepersonen zur Verfügung. Das Vergabeverfahren in der Tagespflege ist anders als in Kindertageseinrichtungen, weil Eltern den Vertrag zur Betreuung direkt mit der Tagespflegeperson abschließen und keine zentrale Platzvergabe durch den Fachdienst Kinderbetreuung erfolgt.

Die Vergabepaxis der Kindertagesstätten in **freier Trägerschaft** erfolgt nicht zentral, sondern dezentral. Die Einrichtungen in freier Trägerschaft berücksichtigen z.T. Faktoren wie Alter des Kindes, Betriebszugehörigkeit oder Stadtteilbezug, die für die Kommune in der Belegung der Plätze nicht entscheidend sind. Einrichtungen freier Träger können besondere Betreuungszusammenhänge aufweisen wie z.B. altersübergreifende Gruppen in Kleinsteinrichtungen, bei deren Belegung das Alter des Kindes berücksichtigt werden muss, um eine ausgewogene Spielsituation für alle Kinder herstellen zu können. Weiterhin werden in Marburg Betriebseinrichtungen vorgehalten, deren Plätze in einer vertraglich geregelten Zahl Betriebszugehörigen zur Verfügung stehen. Die Einrichtungen, die der Gemeinwesenarbeit angeschlossen sind, berücksich-

tigen den örtlichen Stadtteilbezug und tragen weiterhin Sorge hierfür, dass alle Bewohnergruppen des Stadtteils in der Kindertagesstätte aufgenommen werden können. Viele freie Träger arbeiten mit einer besonderen konzeptionellen Ausrichtung, die die Eltern mittragen und befürworten sollten. Aus den genannten Gründen kann für die freien Träger kein einheitlicher Kriterienkatalog dargestellt werden.

Somit kann bei den kommunalen Kindertagestätten wie bei den Einrichtungen in freier Trägerschaft eine Gemengelage von Gründen für die Vergabe eines Platzes vorliegen. Der Fachdienst und die freien Träger sind in jedem Fall bestrebt, gemeinsam mit den Eltern eine am Bedarf der Familien orientierte und im Sinne des Kindeswohls beste Lösung zu finden.

Der Fachdienst Kinderbetreuung hat sich in der Frage der Vergabepaxis von Plätzen in der Kinderbetreuung in der Vergangenheit fachlichen und juristischen Rat eingeholt und in 2016 das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) um eine Stellungnahme angefragt, nach welchen Kriterien freie Plätze in der Kinderbetreuung vergeben werden sollten. Das juristische Institut hat in seiner Antwort die Vergabepaxis in Marburg als sehr nachvollziehbar anerkannt und darüber hinaus betont, dass die Kriterien zur Verteilung der Plätze in der Verantwortung der Kommune liegt.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Dr. Elke Neuwohner
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Wie lang ist die durchschnittliche Wartezeit auf einen Lernschwimmkurs (mit dem Ziel das Seeperdchen zu bekommen) in den Marburger Schwimmbädern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 74 - Städtische Bäder
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Dr. Weinbach

Stellungnahme/Antwort:

Schwimmkurse für Kinder werden in Marburg von verschiedenen Einrichtungen angeboten. Zum einen vom Fachdienst Städtische Bäder, zum anderen von den Marburger Schwimmvereinen – MSV, VfL, FV Wehrda, DLRG.

Darüber hinaus gibt es Schwimmkursangebote über das Kinderzentrum Weißer Stein (eingetragener Verein mit eigenem Schwimmbad).

Folgende Wartezeiten gibt es im Einzelnen (Angaben der jeweiligen Verantwortlichen aufgrund schriftlicher Anfrage durch den FD 74):

Fachdienst Städtische Bäder:

Für Kurse, die im Hallenbad in Wehrda stattfinden ca. 6 – 8 Monate

Für Kurse, die im AquaMar stattfinden ca. 12 – 14 Monate

FV Wehrda im Hallenbad in Wehrda:

Wartezeit ca. 1 ½ Jahre, in Extremfällen auch bis zu 2 Jahren

VfL Marburg

Die Wartezeiten variieren. Sie liegen in den letzten Jahren durchschnittlich zwischen 6 und 12 Monaten und teilweise darüber hinaus. In den letzten Wochen konnte der Verein seine Warte-

liste von 85 Einträgen deutlich reduzieren, im Moment steigt sie wieder und liegt derzeit bei 51 Kindern.

Marburger Schwimmverein

Vom Marburger Schwimmverein lag dem FD 74 zur Beantwortung der Anfrage keine schriftliche Stellungnahme des MSV vor. In einem kürzlich geführten Gespräch mit den Verantwortlichen des Vereins wurde aber mitgeteilt, dass es auch beim MSV längere Wartezeiten gibt.

DLRG Marburg

Für die jährlich 2 mal angebotenen Kinder Anfängerschwimmkurse der DLRG gibt es 2 Termine. Jeweils nach den Sommerferien und zu Beginn des neuen Jahres beginnen die Kurse. Je nach gewünschtem Termin liegen die Wartezeiten also bis zu 12 Monate.

Auf den Wartelisten hat die DLRG nur jeweils 4 Warteplätze.

Kinderzentrum Weißer Stein

Das Kinderzentrum Weißer Stein stellt das Hallenbad des Kinderzentrums verschiedenen privaten Anbietern zur Verfügung. Diese haben unterschiedliche Wartezeiten. So hat die Schwimmschule Delfish zurzeit sogar einige Plätze frei, ansonsten kommt es aber auch schon zu Wartezeiten von bis zu 3 Monaten. Dies variiert sehr stark.

Von den anderen privaten Anbietern hat der Fachdienst Städtische Bäder noch keine schriftliche Stellungnahme bekommen.

Sollten die noch ausstehenden Stellungnahmen noch rechtzeitig eintreffen, werden Sie in die Beantwortung der Kleinen Anfrage eingearbeitet. Ansonsten werden sie nachgereicht.

Grundsätzlich ist zu den Wartezeiten zu sagen, dass viele Eltern frühzeitig nach einem Schwimmkursplatz bei den jeweiligen Vereinen oder beim Fachdienst Städtische Bäder anfragen, damit das Kind dann mit 5 oder 6 Jahren auch einen Platz erhält.

Aufgrund der unterschiedlichen Anbieter mit den unterschiedlichen Angeboten hat der Fachdienst Städtische Bäder angeregt, eine gemeinsame Plattform zu bilden, auf der sich die interessierten Eltern nach einem Platz informieren können. Der Aufbau der Plattform ist zurzeit in Planung.

Dr. Kerstin Weinbach
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Madelaine Stahl
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Welche Maßnahmen ergreift die Stadt Marburg zur Schädlingsbekämpfung und in welchem Umfang werden dabei Pestizide eingesetzt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Bei Schädlingsbekämpfungen, z. B. Rattenbefall, werden die Eigentümer aufgefordert, auf Ihren Grundstücken eine Bekämpfung durchzuführen. Die Bekämpfungen werden in den meisten Fällen von zertifizierten Schädlingsbekämpfungsunternehmen durchgeführt. Welche Gifte bei der Bekämpfung verwendet werden, ist nicht bekannt. Die Unternehmen entscheiden dies in eigener Verantwortung.

Auf öffentlichen Flächen sowie in den städtischen Kanälen wird der Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg beauftragt.
Das Auslegen der Gifte erfolgt durch zertifizierte Mitarbeiter mit Sachkundenachweis.

Folgende Gifte kommen zum Einsatz:

ROTOXX Block Diftox (enthält 0,05 g/kg Difenacoum) und Ratron Pasten Power-Pads (enthalten Brodifacoum).

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Madelaine Stahl
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

In welchem Maße wird die Öffentlichkeit allgemein sowie die Angestellten der Stadt Marburg im Speziellen über die Nutzung von Defibrillatoren aufgeklärt?

Stellungnahme/Antwort durch:	Fachkraft für Arbeitssicherheit
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für die Beschäftigten der Stadtverwaltung werden über die Fachkraft für Arbeitssicherheit und im Rahmen des städtischen Fortbildungsjournals Informationsveranstaltungen zum Thema „Erste Hilfe“ angeboten und von den Beschäftigten wahrgenommen. In diesen Veranstaltungen wird über die Einsatzmöglichkeit des Defibrillators informiert.

An jedem Standort eines Defibrillators wurde/wird zur Einführung des Geräts eine Informationsveranstaltung durchgeführt und die Funktionsweise erklärt.

Die Stadtverwaltung muss darüber hinaus auf Grund der Verpflichtung als Arbeitgeber Beschäftigte zu Ersthelfern ausbilden lassen. Daher werden hier in über die Unfallkasse als Unfallversicherung für die Stadtverwaltung finanzierten Fortbildungen Beschäftigte zu Ersthelfern ausgebildet.

Da diese Verpflichtung für **alle** Arbeitgeber – nicht nur für die Stadtverwaltung - im Allgemeinen gilt, ist davon auszugehen, dass viele Marburger Bürgerinnen und Bürger bereits Kenntnisse in Erste-Hilfe aufweisen und somit Defibrillatoren und deren Einsatz kennen.

Die in Verantwortung der Stadt beschafften Defibrillatoren sind sogenannte Laiendefibrillatoren, so dass auch nicht ausgebildete Personen mit den Geräten umgehen können, aber sicher ist es dennoch sinnvoll, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger die Fortbildungsangebote über die Erste-Hilfe-Ausbildungen beim Roten Kreuz, den Johannitern und den Maltesern und anderen Hilfsorganisationen nutzen, um sich hier fortbilden zu lassen.

Die Hilfsorganisationen werben ja selbst für diese Möglichkeiten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Dr. Karsten McGovern
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Welche Regularien haben die Stadtwerke Marburg für die Werbung von Parteien und politischen Kandidaturen an und in Bussen und sind diese Regularien im Rahmen des laufenden Bundestagswahlkampfes bisher eingehalten worden?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Man kann Werbung auf den Bussen über die Dt. Städte Medien AG buchen und Werbung in den Bussen über die Marketingabteilung der Stadtwerke.
Für den Bundestagswahlkampf 2017 haben die Stadtwerke – in Absprache mit der Dt. Städte Medien AG – seit April 2017 ein Verbot von Wahlwerbung auf und in den Bussen beschlossen. Dieses Verbot ist im Bundestagswahlkampf einmal nicht eingehalten worden. Ein bereits in 2016 eingegangener Plakatauftrag wurde vor der Aushängung nicht erkannt, aber binnen 48 Stunden abgehängt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Sonja Sell
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Die Stadtverordnetenversammlung hat die Beauftragung einer standardisierten Bewertung für eine Tram beschlossen. Kann der Magistrat einen Zwischenstandsbericht geben, wie weit dieser Auftrag inzwischen gediehen ist und wann mit dem endgültigen Ergebnis zu rechnen sein wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Standardisierte Bewertung des Projekts „Uni-Tram Marburg“ ist im Mai dieses Jahres beauftragt worden. Die Bearbeitung der Datengrundlage für die Analyse des Netzaufbaus im IST-Zustand und die Aufbereitung der Strukturdaten sind abgeschlossen. Das Ergebnis der Untersuchung kann bis spätestens Ende dieses Jahres präsentiert werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Jonathan Schwarz
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie viele Schüler*innen an Schulen in Trägerschaft der Universitätsstadt Marburg der Jahrgangsstufen 5 - 10 erhalten keine Erstattungen für Schülerbeförderung, da sie weniger als 3 km von der Schule, die sie besuchen, entfernt wohnen (Schüler*innen, die in dieser Kategorie fallen, aber aufgrund eines besonders gefährlichen Schulweges eine Erstattung bekommen, nicht mitberücksichtigt)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Dr. Weinbach

Stellungnahme/Antwort:

Im vergangenen Schuljahr besuchten 2.271 in Marburg wohnende Schülerinnen und Schüler Schulen in Trägerschaft der Universitätsstadt Marburg in den Jahrgangsstufen 5 – 10 (ohne Förderschulen, da dort die Schülerbeförderung häufig durch Schulbusse organisiert wird). 1.158 Schülerinnen und Schüler haben Schülerbeförderungskosten erhalten. Dies bedeutet, dass 1.113 Schülerinnen und Schüler keine Schülerbeförderungskosten erhalten haben, entweder weil der Fußweg zwischen ihrer Wohnung und der zuständigen Schule weniger als 3 km beträgt oder weil sie keinen Antrag gestellt haben.

Anmerkung: Die in Klammern angesprochene Zahl kann nicht ermittelt werden, ist aber vom Umfang her vermutlich auch nicht von Relevanz.

Dr. Kerstin Weinbach
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Welche Geschäftsführertätigkeiten hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Marburg, Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies, dem Geschäftsführer der Stadtwerke Marburg, Norbert Schüren, außerhalb des Konzerns Stadtwerke Marburg genehmigt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Geschäftsführer-Verträge mit Herrn Schüren sind durch den ehemaligen Oberbürgermeister Möller und Bürgermeister Dr. Kahle vereinbart worden und sehen keine Tätigkeitsbeschränkungen vor.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 2017

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum die langjährigen, traditionellen Marktbetreiber des Oberstadtmarktes - der Käse-, Gemüse und Eierstand - Ende September 2017 aufhören werden und in welcher Form sich die Stadt darum bemüht hat, die für die Oberstadt traditionelle und lebendige Struktur des Marktes aufrecht zu erhalten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Verwaltung hat keine Kenntnis darüber, dass die Standbetreiber Ende September aufhören wollen. Ein Marktbesucher hat aus gesundheitlichen Gründen aufgehört; ein Nachfolger hat den Stand übernommen.

Gemeinsam mit dem Stadtmarketing Marburg werden zur Zeit Ideen gesammelt, in welcher Form in 2018 der Markt weitergeführt werden kann. Es ist beabsichtigt, hierbei alle Interessenvertreter rechtzeitig einzubinden, um gemeinsam eine gute Lösung zu finden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner erklärt damit die Fragestunde für beendet. Die Fragen Nr. 7 und 11 werden wegen Abwesenheit des Fragestellers schriftlich beantwortet. Die Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 6 und 16 bis 29 werden nach Beendigung der Fragestunde direkt an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Während der Fragestunde hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung von 17:00 Uhr bis 17:37 Uhr inne.

**zu 4 Einführung und Verpflichtung des Bürgermeisters
Vorlage: VO/5828/2017**

Der Stadtverordnete Wieland Stötzel wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 30.06.2017 mehrheitlich zum Bürgermeister der Universitätsstadt Marburg gewählt. Seine Amtszeit beginnt am 01.10.2017.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk führt den Stadtverordneten Stötzel in sein Amt ein und verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

Oberbürgermeister Dr. Spies verliest den Text der Urkunde über die Berufung in das Amt mit Wirkung vom 01.10.2017 und überreicht sie an den Stadtverordneten Stötzel.

Anschließend erfolgt die Vereidigung durch die Stadtverordnetenvorsteherin.

Stadtverordnetenvorsteherin, Oberbürgermeister und Vertreter/innen der Fraktionen gratulieren dem Stadtverordneten Stötzel zum Amt des Bürgermeisters.

zu 5 Einführung und Verpflichtung der Stadträtin
Vorlage: VO/5829/2017

Die Stadtverordnete Kirsten Dinnebier wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 30.06.2017 mehrheitlich zur Stadträtin der Universitätsstadt Marburg gewählt. Ihre Amtszeit beginnt am 01.10.2017.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk führt die Stadtverordnete Dinnebier in ihr Amt ein und verpflichtet sie durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben.

Oberbürgermeister Dr. Spies verliest den Text der Urkunde über die Berufung in das Amt mit Wirkung vom 01.10.2017 und überreicht sie an die Stadtverordnete Dinnebier.

Anschließend erfolgt die Vereidigung durch die Stadtverordnetenvorsteherin.

Stadtverordnetenvorsteherin, Oberbürgermeister und Vertreter/innen der Fraktionen gratulieren der Stadtverordneten Dinnebier zum Amt der Stadträtin.

zu 6 Einführung und Verpflichtung eines ehrenamtlichen Magistratsmitglieds
Vorlage: VO/5830/2017

Das ehrenamtliche Magistratsmitglied, Stadtrat Heinz Ludwig, scheidet auf eigenen Wunsch zum 30.09.2017 aus dem Magistrat aus. Zum 01.10.2017 rückt deshalb der Stadtverordnete Michael Selinka als nächstes noch nicht berufenes Mitglied aus dem gemeinsamen Wahlvorschlag von FDP/MBL in den Magistrat nach.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk führt den Stadtverordneten Selinka in sein Amt als ehrenamtlicher Stadtrat ein und verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

Oberbürgermeister Dr. Spies verliest den Text der Urkunde über die Berufung in das Amt mit Wirkung vom 01.10.2017 und überreicht sie an den Stadtverordneten Selinka.

Anschließend erfolgt die Vereidigung durch die Stadtverordnetenvorsteherin.

Stadtverordnetenvorsteherin und Oberbürgermeister gratulieren dem Stadtverordneten Selinka stellvertretend für die Mitglieder des Hauses zum neuen Amt und überreichen einen Blumenstrauß.

zu 7 Besetzung des Ortsgerichts Marburg I
- Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in
Vorlage: VO/5787/2017

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Dem Ausschluss lag der in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschlag der SPD-Fraktion vor, weitere wurden nicht unterbreitet.

Der Ausschuss empfiehlt die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin wählt die Stadtverordnetenversammlung in offener Abstimmung per Handzeichen

Herrn Thomas Stampe, wh. Herrmannstraße 58, 35037 Marburg

zum Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Marburg I.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Stadtverordneten: 59
Anzahl der anwesenden Stadtverordneten: 53

Für Herrn Thomas Stampe stimmen: 53 Stadtverordnete
Gegenstimmen: keine
Enthaltungen: keine

zu 15 Sanierung nach dem Baugesetzbuch, Privatisierung von Treuhandgrundstücken, Sanierungsgebiet "Nordstadt / Bahnhofsquartier"
Grundstück: Verkauf der Treuhandliegenschaft Rudolf-Bultmann-Straße 4h (Lokschuppen)
Eigentümer: GeWoBau GmbH als Sanierungsträger und Treuhänder der Stadt Marburg
Vorlage: VO/5813/2017

Der Stadtverordnete Hussein verlässt mit Aufruf des Tagesordnungspunktes den Sitzungssaal und nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, der Vorlage zuzustimmen. Aussprache wurde beantragt.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Nezi, Ditschler, Simon und Pfalz sowie Oberbürgermeister Dr. Spies. Der Stadtverordnete Nezi stellt zum Abschluss seines Redebeitrages den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Abstimmung. Die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag führt zu folgendem Ergebnis:

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei
Nein: SPD, CDU, BfM
Enthaltung: keine

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit abgelehnt.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Treuhandliegenschaft Lokschuppen wird gemäß der Empfehlung des Auswahlgremiums vom 07.09.2017 zusammen mit dem Werkstattgebäude an die Bietergemeinschaft Drehscheibe-Lokschuppen GbR (Schneider Immobilienverwaltungs GmbH und Christmann + Pfeifer Dynamic Living Sources GmbH & Co. KG) veräußert.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, BfM
Nein: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Enthaltung: FDP/MBL, Piratenpartei

Die Stadtverordneten Hussein und Rembas nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes kehrt der Stadtverordnete Hussein in den Saal zu-

rück und nimmt an der Sitzung weiter teil.

**zu 17.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufstellung eines städtischen Rahmenplans am oberen Rotenberg/ Höhenweg
Vorlage: VO/5450/2017**

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Vorlage ist weiterhin im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorberaten worden. Der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, berichtet, dass auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften mehrheitlich die Ablehnung des Antrages empfiehlt.

Zu dem Antrag war die Aussprache angemeldet. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Sell, Bamberger und Bürgermeister Dr. Kahle.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

**zu 17.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine „Heilung“ von Homosexuellen in Marburg – „Christus-Treff“ muss sich distanzieren
Vorlage: VO/5757/2017**

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Thorsten Büchner ab 19.05 Uhr die Sitzungsleitung.

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und BfM vor (VO/5757/2017-2), der mit beraten wurde. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Ursprungsantrag abzulehnen, dem Änderungsantrag wird mehrheitlich die Zustimmung empfohlen. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dort wurde aufgrund der Beschlussfassung im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung nur der Änderungsantrag beraten. Auf Antrag der Stadtverordneten Dr. Neuwohner wurde in Absatz 3 der Begriff „Toleranz“ durch den Begriff „Akzeptanz“ ersetzt. Dem so geänderten Änderungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Kula, Bamberger, Stahl, Klusmann, Köster-Sollwedel und Pfalz.

Während der Aussprache wird der Wunsch des Christus-Treff an den stellv. Stadtverordnetenvorsteher herangetragen, zu dem Tagesordnungspunkt eine Erklärung abgeben zu dürfen. Der Stadtverordnete Schalauske beantragt aus diesem Grund die Einberufung des Ältestenrates, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Dem Antrag wird zugestimmt, der stellv. Stadtverord-

netenvorsteher Büchner unterbricht die Sitzung um 19:43 Uhr und beruft den Ältestenrat ein.

Nach der Sitzung des Ältestenrates erteilt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher dem Vorstandsmitglied des Christus-Treff Marburg e.V., Tobias Faix, das Wort für eine Erklärung.

Danach wird die Sitzung um 20:00 Uhr fortgesetzt.

Die Stadtverordnete Bastian zieht aufgrund der Erklärung des Christus-Treff Marburg den Antrag für die antragstellende Fraktion zurück.

zu 17.7.1 Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU zum Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine „Heilung“ von Homosexuellen in Marburg – „Christus-Treff“ muss sich distanzieren
Vorlage: VO/5757/2017-2

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Durchführung oder Bewerbung von sogenannten „Reparativtherapien“, oder auch „Konversionstherapien“, die als psychotherapeutische oder seelsorgerische Methode zur Umpolung und Umorientierung homosexueller Menschen dienen sollen, ab.
2. Die Stadtverordnetenversammlung macht unmissverständlich klar, dass in Marburg alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können müssen und keiner Diskriminierung ausgesetzt sein dürfen und bekräftigt dementsprechend ihre am 15.05.2009 gefassten Beschlüsse, mit denen sie sich dazu bereits bekannt hat.
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass alle zivilgesellschaftlichen Gruppen dieses Gebot in ihrem Verantwortungsbereich leben und damit einen Beitrag zu einem von Akzeptanz und Respekt getragenen Miteinander leisten.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei

Nein: keine

Enthaltung: FDP/MBL

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk um 20:04 Uhr wieder die Sitzungsleitung.

zu 17.8 Antrag der CDU-Fraktion betr.: Kein Raum für gewaltbereiten Extremismus
Vorlage: VO/5761/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dem Ausschuss lag eine Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke vor (VO/5761/2017-1), der mit beraten wurde. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich sowohl dem Ursprungsantrag als auch dem Änderungsantrag die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Seipp, Schalauske, Schmidt, Simon und Pfalz.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Ursprungsantrag und anschließend über den Änderungsantrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU, 2 Stimmen FDP/MBL-Fraktion
Nein: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Enthaltung: 2 Stimmen FDP/MBL-Fraktion

zu 17.8.1 Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke zum Antrag der CDU-Fraktion betr.: Kein Raum für gewaltbereiten Extremismus

**Betreff: Friedlicher Protest von Zehntausenden gegen die Politik der G20 notwendig und wichtig, Gewalt inakzeptabel, ehrliche Aufarbeitung notwendig
Vorlage: VO/5761/2017-1**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

**zu 17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Kinderbetreuung in Marburg ab 2018
Vorlage: VO/5786/2017**

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft den Tagesordnungspunkt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 17.20 auf.

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Antrag wurde dort geändert und ergänzt. Der geänderten und ergänzten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

Der Antrag wurde in der geänderte Fassung weiterhin im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder vorberaten. Es berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier. Auch dieser Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

Es folgt die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 17.12 und 17.20, an der sich die Stadtverordneten Stahl, Böhm, Pfalz, Severin, Schalauske, Dr. McGovern und Weidemann sowie Oberbürgermeister Dr. Spies beteiligen.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM

Enthaltung: keine

Der Vertreter der Piratenpartei ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.

zu 17.20 Antrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr. gebührenfreie Kinderbetreuung für alle
Vorlage: VO/5806/2017

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 17.12 zur Beratung aufgerufen.

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages.

Der Antrag wurde weiterhin im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder und im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten. Es berichten die Vorsitzenden, Stadtverordnete Dinnebler und Stadtverordneter Pfalz. Beide Ausschüsse empfehlen ebenfalls mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Zur Aussprache siehe Tagesordnungspunkt 17.12.

Nach Beendigung der Aussprache und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 17.12 folgt die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 17.20.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative des Oberbürgermeisters, die angekündigte Gebührenbefreiung für die 6-Stunden-Betreuung der 3- bis 6-jährigen Kinder auf die ganztägigen Betreuungsplätze und auf die ganztägige U3-Betreuung auszuweiten, sofern die Ankündigung der Landesregierung auch finanziell unterfüttert wird, so dass von echter Gebührenfreiheit gesprochen werden kann, von der alle Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren profitieren können.

Der Magistrat wird gebeten,

- 1. sich bei der Landeregierung auf eine möglichst schnelle Umsetzung der angekündigten Bezuschussung für Kita-Gebühren einzusetzen;**
- 2. auf die Landesregierung dahingehend einzuwirken, dass die Kommunen durch die Finanzierung über den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) nicht benachteiligt werden, damit diese eine echte Entlastung erfahren;**
- 3. sobald verbindliche Umsetzungsregeln vorliegen, zu prüfen, inwieweit damit eine komplette Gebührenbefreiung für Kinderbetreuung von 0 bis 6 Jahren in Marburg umgesetzt werden kann;**
- 4. zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen auch die Hort- und Grundschulbetreuung in Horten für Eltern in Marburg gebührenfrei gestaltet werden kann;**

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, BfM

Nein: B90/Die Grünen, FDP/MBL

Enthaltung: Marburger Linke

zu 8 Marburger Ortsrecht - Neufassung der Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/5789/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die vorliegende Neufassung der Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 9 Beteiligung an smartSTADTwerke und smartOPTIMO
Vorlage: VO/5810/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Geschäftsführung der Stadtwerke Marburg GmbH wird zu einer 4%-igen Beteiligung an der smartSTADTwerke GmbH & Co. KG mit einem Haftkapitalanteil von 12.000 € und einer Beteiligung von 0,5 % an der smartOPTIMO GmbH & Co. KG mit einem Haftkapitalanteil von 2.010 € ermächtigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, MBL

Nein: FDP

Enthaltung: keine

zu 10 Neuorganisation von Sammlung und Transport der hoheitlichen Entsorgung der Stadt Marburg
Vorlage: VO/5811/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Ausschussempfehlung an und fasst folgende Beschlüsse:

Der Bereich der Sammlung und des Transports der hoheitlichen Entsorgung der Stadt Marburg wird organisatorisch neu strukturiert. Hierzu werden folgende Maßnahmen zum 01.01.2018 umgesetzt:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Neuorganisation von Sammlung und Transport der hoheitlichen Entsorgung in der MEG und im DBM zu.**
- 2. Die technische und kaufmännische Betriebsführung für die Sammlung und den Transport der hoheitlichen Entsorgung inklusive aller notwendigen Neuinvestitionen**

(im Wesentlichen Fahrzeuge und Abfallgefäße) sowie das diesbezüglich zur Zeit im DBM vorhandene Anlagevermögen wird an die durch die Stadtwerke Marburg GmbH noch zu gründende MEG-hoheitlich (MEG-H) übertragen. Dazu wird zwischen Stadt und MEG-H ein entsprechender Betriebsführungsvertrag abgeschlossen, welcher der Zustimmung des Magistrats bedarf.

3. Der zur Durchführung der Betriebsführung benötigte und bisher beim DBM Beschäftigte in der Disposition wird unter Wahrung des Besitzstandes, wie bereits in der Vergangenheit praktiziert, in die MEG-H eingegliedert.
4. Das zur technischen Durchführung der hoheitlichen Entsorgungsaufgaben in Marburg benötigte und bisher bei der MEG beschäftigte Personal wird unter Wahrung des Besitzstandes und analoger Anwendung des Haustarifvertrages der MEG in die MEG-H eingegliedert.

Die MEG-H ist verpflichtet, eine Rückübertragung der Aufgabe und des bei ihr vorhandenen Vermögens an die Stadt Marburg vorzunehmen, sofern die Stadtverordnetenversammlung in der Zukunft eine entsprechende Umstrukturierung beschließt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM, 1 Stimme FDP/MBL
Nein: Marburger Linke, 3 Stimmen FDP/MBL
Enthaltung: keine

**zu 11 Jahresabschluss des DBM zum 31.12.2016
Vorlage: VO/5816/2017**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Jahresabschluss des DBM für das Geschäftsjahr 2016 wird auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung der Theobald Jung Scherer AG beschlossen.
2. Den aus den Bereichen Entsorgung (€ 62.640,61), Straßenreinigung / Winterdienst (€ 237.759,33), Straßenunterhaltung (€ 6.462,41), Kanal- und Gewässerunterhaltung (€ - 6.174,92), Friedhofunterhaltung (€ 3.090,23) und Grünflächenunterhaltung (€ - 6.462,74) resultierenden Überschuss in Höhe von insgesamt € 292.314,92 in die Ergebnismittelrücklage des DBM einzustellen.
3. Den ermittelten Verlust i. H. v. € - 19.487,00 aus dem Abgang von Anlagevermögen aus dem im DBM aktivierten Alt-Kanalnetz aus der Rücklage der Kanalvermögensbewertung (€ 10.737.810,48) auszugleichen und den verbleibenden Verlust i. H. v. € - 197.633,90 aus der Kanalgebührenaussgleichsrücklage (€ 1.533.028,93) zu entnehmen. Der unter Berücksichtigung nach kommunalabgabenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Kanalgebührenpflichtigen nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelte Verlust des Kanalgebührenhaushaltes beträgt insgesamt € - 217.120,90.
4. Entsprechend des § 10 Abs. 2 KAG wurde für auf gebührenrechtlicher Abrechnung ermittelte Gebührenüberdeckungen beim Niederschlagswasser im zulässigen 5-jährigen Betrachtungszeitraum 2012 bis 2016 eine Rückstellung i. H. v. € 522.650,00 gebildet.

Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 12 Aktuelle Situation im Northampton-Park Vorlage: VO/5771/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnete Dr. Neuwohner stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage zunächst in den Ortsbeirat Weidenhausen zu verweisen. Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel spricht formal dagegen. Die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag führt zu folgendem Ergebnis:

Ja: B90/Die Grünen
Nein SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit abgelehnt.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin die Vorlage zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Die Stadt Marburg ersucht die Landesregierung und den hessischen Landtag, im Hessischen Ladenöffnungsgesetz eine Regelung zu schaffen, nach der bei lokalen ordnungsrechtlichen Problemen im Umfeld durch die kommunalen Ordnungsbehörden ein zeitweises Verkaufsverbot für alkoholische Getränke in den Abend- und Nachtstunden erlassen werden kann.**
- 2. Die kommunalen Spitzenverbände werden ersucht, dieses Anliegen zu unterstützen.**

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM
Nein B90/Die Grünen
Enthaltung: keine

zu 13 Sachstandsbericht Lahnstudie - Aktuelle Nutzung und Entwicklungspotenzial der Lahn Vorlage: VO/5432/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage. Dies gilt auch für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussvoten an und beschließt:

- 1. Die Bestandsaufnahme hinsichtlich der aktuellen Nutzung der Lahnufer/Lahnaue im gesamten Stadtgebiet wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Maßnahmen- und Prioritätenliste, abgeleitet aus der Lahnstudie, wird als Handlungs- und Umsetzungsrahmen für Naherholung/landschaftliche Erholung und Natur- und Hochwasserschutz an der Lahn im Stadtgebiet beschlossen (Umsetzung der**

Lahnstudie).

3. Die in der zusammenfassenden Schlussfolgerung formulierten 8 Leitlinien werden als Leitbild für die zukünftige Entwicklung der Lahn und ihrer begleitenden Grabensysteme im Stadtgebiet beschlossen.
4. Der Magistrat wird gebeten, im 5-Jahres-Rhythmus über die Umsetzung der Prioritätenliste zur Lahnentwicklung zu berichten (Lahn-Monitoring).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

zu 14 Entsendung von zwei neuen Mitgliedern in den Beirat für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/5763/2017

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst daraufhin folgende Beschlüsse:

Im Zuge des Ausscheidens zweier Mitglieder gemäß § 3 Nr. 7 der Satzung des Beirats für Stadtgestaltung werden die folgenden Personen als neue Beiratsmitglieder berufen:

1. Frau Dipl.-Ing. Petra Bittkau, Landschaftsarchitektin aus Wiesbaden, als Nachfolgerin für Herrn Dipl.-Ing. Klaus Bierbaum für das Fachgebiet Landschaftsarchitektur,
2. Frau Prof. Dr. Marita Metz-Becker, Kulturwissenschaftlerin an der Philipps-Universität Marburg, als Nachfolgerin für Herrn Prof. Dr. Hubert Locher, gemäß § 3 Nr. 4 der Satzung für den Beirat für Stadtgestaltung als sachkundige Bürgerin, die der Stadt und ihrer Entwicklung verbunden ist.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

zu 16 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 17 Anträge der Fraktionen

zu 17.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Naherholungsgebiet Lichter Küppel wiederherstellen
Vorlage: VO/5579/2017

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Im Ausschuss wurde getrennte Abstimmung der Punkte 1 bis 4 beantragt. Punkt 1 des Beschlusstextes empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme, Punkt 2 mehrheitlich die Annahme, Punkt 3 mehrheitlich die Ablehnung und Punkt 4 einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Punkte 1 bis 4 des Beschlusstextes ebenfalls getrennt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Naherholungsoase Lichter Küppel wieder so hergestellt wird, dass sich die Gäste des Waldes dort wieder wohlfühlen, dazu gehört:

1. Die umgefallenen Bäume und Wurzeln werden beseitigt, so dass etwaige Verletzungen ausbleiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

2. Die abgebaute Schutzhütte wird wiederhergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM

Nein: B90/Die Grünen

Enthaltung: SPD

Der Punkt ist damit mehrheitlich **beschlossen**.

3. Die Unterhaltung einer Grillstelle wird wieder aufgenommen

Abstimmungsergebnis:

Ja: Marburger Linke, FDP/MBL

Nein: SPD, CDU, B90/Die Grünen

Enthaltung: keine

Der Punkt ist damit mehrheitlich **abgelehnt**.

4. Die noch verbliebenen Bänke und der Tisch bleiben erhalten

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**zu 17.3 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Unterstützung eines bilingualen Schulzweigs an der Steinmühle
Vorlage: VO/5660/2017**

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

**zu 17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Einigung zur Trennungsberechnung und Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin
Vorlage: VO/5664/2017**

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

zu 17.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Opfer der Marburger Jäger in Königshütte (heute Chorzów)
Vorlage: VO/5670/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen und soll neu formuliert erneut eingebracht werden.

zu 17.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gebührenfreiheit in Kitas
Vorlage: VO/5743/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

zu 17.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Radweg auf die Lahnberge realisieren
Vorlage: VO/5773/2017

Der Antrag wurde durch den Haupt- und Finanzausschuss erneut zur Beratung in den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr verwiesen.

zu 17.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verhinderung von nächtlichen Autorennen in Marburg
Vorlage: VO/5774/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zurückgestellt.

zu 17.11 Antrag der Fraktionen ‚Bürger für Marburg‘, SPD und CDU betr. Weiterentwicklung interkommunaler Gewerbeflächen
Vorlage: VO/5778/2017

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt anschließend:

Der Magistrat wird gebeten, die laut Regionalplan Mittelhessen und Gewerbeentwicklungskonzept Marburg als interkommunale Gewerbeflächen vorgesehenen Gebiete Wenkbach-Nord in Weimar sowie Heskem im Ebsdorfergrund mit den jeweiligen Gemeinden gemeinsam zu entwickeln und die hierzu abzuschließenden interkommunalen Vereinbarungen den städtischen Gremien vor Abschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

zu 17.13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Verlosung von Marburg Gutscheinen statt Amazon Gutscheinen
Vorlage: VO/5795/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, mit der Universität ins Gespräch darüber zu kommen, ob in Zukunft bei den Online-Befragungen im Rahmen von z.B. Semester- oder Masterarbeiten vermehrt Marburg-Gutscheine statt Amazon-Gutscheine verlost werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 17.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Mit dem ÖPNV-Nulltarif gegen Stickoxid-Vergiftung
Vorlage: VO/5797/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zurückgestellt.

zu 17.15 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Informationsbroschüre gegen wilde Graffiti
Vorlage: VO/5798/2017

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen. Aussprache wurde beantragt.

Weiterhin berichtet der Stadtverordnete Pfalz für den Haupt- und Finanzausschuss. Auch dieser empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dem Antrag.

Die angemeldete Aussprache zieht der Stadtverordnete Pfalz für die CDU-Fraktion zurück. Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt daraufhin den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert, eine Informationsbroschüre zum Thema Graffiti mit Informationen, Tipps zur Beseitigung von Graffiti und Adressen nach dem Vorbild der Informationsbroschüre des Ordnungsamts Düsseldorf aufzulegen und den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, BfM

Nein: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL

Enthaltung: keine

**zu 17.16 Antrag der Fraktionen ,Bürger für Marburg und SPD betr. Quartiersentwicklung Marburger Oberstadt
Vorlage: VO/5800/2017**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Antrag wurde im Ausschuss auf Empfehlung von Bürgermeister Dr. Kahle geändert. Ausschuss empfiehlt einstimmig der geänderten Antragsfassung zuzustimmen.

Die geänderte Fassung des Antrages wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten. Laut Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Pfalz, empfiehlt auch dieser einstimmig dem geänderten Antragstenor zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag in der geänderte Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gegebenenfalls unter der Hinzunahme eines externen Dienstleisters und in enger Kooperation mit den lokalen Akteuren und dem Ortsbeirat ein Stadtteilentwicklungskonzept innerhalb des nächsten Jahres zu erarbeiten.

Hierbei sollen ökologische und wirtschaftliche Belange, der Denkmalschutz, die Barrierearmut, Aspekte einer gesunden Stadt, die Entwicklung von Stadtgrün, Wohnraum, Verkehr und Parkplätze Berücksichtigung finden.

Zur Finanzierung soll die Aufnahme dieses Projektes in das Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ beantragt und / oder ggfls. Investoren gewonnen werden.

Das Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Oberstadt als einen lebenswerten und zukunftssicheren Stadtteil unter den Aspekten Wohnen für alle, Handel und Tourismus weiter zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 17.17 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Hessenticket für die Beschäftigten des Klinikums
Vorlage: VO/5801/2017**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages. Dieser wurde weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten. Auch der empfiehlt laut Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Pfalz, einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit geeigneten Mitteln unverzüglich auf das Land Hessen, den Betriebsrat des UKGM, die Geschäftsführung des UKGM und die Tarifvertragsparteien des UKGM zuzugehen, damit entsprechend dem Tarif für die Landesbediensteten vom nächstmöglichen Zeitpunkt an ein allgemeines Ticket für den öffentlichen Personenverkehr in Hessen in Form eines Jobtickets Bestandteil des Tarifvertrages für die Beschäftigten des UKGM wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke

Nein keine
Enthaltung: CDU, FDP/MBL, BfM

**zu 17.18 Antrag der Piratenpartei betr. Dachgarten Altenheim Sudetenstraße
Vorlage: VO/5802/2017**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, bei der Neukonzeption des Altenheims in der Sudetenstraße am Oberen Richtsberg zu prüfen und dem Stadtparlament über die Ergebnisse zu berichten, inwieweit sich ein Dachgarten bzw. eine Dachbegrünung realisieren ließe.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM
Nein keine
Enthaltung: FDP/MBL

**zu 17.19 Antrag der Piratenpartei betr. Korrektur des Marburger Gründachkatasters
Vorlage: VO/5803/2017**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Ausschussempfehlung an und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, Kontakt mit der Firma aufzunehmen, die das Marburger Gründachkataster erarbeitet hat und darauf hinzuwirken, dass diese es grundlegend überarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 17.21 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Übernahme der Schülerbeförderungskosten in Form des landesweiten Schülertickets unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort
Vorlage: VO/5807/2017**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss bis zur Novembersitzung zurückgestellt.

**zu 17.22 Antrag der Fraktion Marburger Linke und Bündnis 90/Die Grünen betr. Wahlwerbung an und in den Bussen der Marburger Stadtwerke
Vorlage: VO/5808/2017**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Stadtwerke auf, eine verbindliche und transparente Regelung für Wahlwerbung an und in Bussen und Fahrzeugen der Stadtwerke zu verabschieden, die allen Listen gleiche Möglichkeiten einräumt.

Außerdem sollen die Stadtwerke darüber berichten, welche Regelungen diesbezüglich bisher gegolten haben und wie damit umgegangen wurde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 17.23 Antrag der Piratenpartei betr.: Stabile URLs im Ratsinformationssystem
Vorlage: VO/5818/2017**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Empfehlung des Ausschusses an und fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass der vor über einem Jahr, am 15. Juli 2016, einstimmig beschlossene Antrag der Piratenpartei zur Bereitstellung stabiler URLs im Marburger Ratsinformationssystem endlich umgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 17.24 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Teilnahme der Stadt Marburg an der Aktion "Gelbe Schleife"
Vorlage: VO/5822/2017**

Zu dem Tagesordnungspunkt hat die Fraktion Marburger Linke Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird in Abstimmung mit der antragstellenden Fraktion deshalb vertagt.

**zu 17.25 Antrag der Piratenpartei und der Fraktion Marburger Linke betr. Informationsfreiheitssatzung
Vorlage: VO/5836/2017**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde dort geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die geänderte Fassung des Antrages abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat möge bis zum 30.06.2018 prüfen, wie und mit welchem Aufwand eine Infor-

mationsfreiheitssatzung für die Universitätsstadt Marburg entwickelt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 17.26 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Bürgerversammlung nach § 8 Hessische Gemeindeordnung zum Thema „Lokschuppen“
Vorlage: VO/5837/2017**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Empfehlung und beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung auf, unverzüglich eine Bürgerversammlung nach § 8 HGO zum Thema „Lokschuppen“ einzuberufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 17.27 Antrag der Piratenpartei betr. Einsatz von Wahlsoftware (PC-Wahl, ekom21)
Vorlage: VO/5838/2017**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss durch die Antragstellerin geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke

Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM

Enthaltung: keine

zu 18 Kenntnisnahmen

**zu 18.1 Nahversorgung am Campus Lahnberge
Vorlage: VO/5767/2017**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Sachstandsbericht zum Thema Nahversorgung für den „Campus Lahnberge“ zur Kenntnis.

zu 18.2 Aktuelle Situation im Northampton-Park
Vorlage: VO/5770/2017

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt folgende durch den Magistrat gefassten Beschlüsse zur Kenntnis:

1. Der Northampton-Park wird insbesondere bei warmer Witterung regelmäßig von der Ordnungspolizei und dem Spielplatzkontrolleur kontrolliert.
2. Werden Verschmutzungen festgestellt, wird DBM umgehend mit der Reinigung beauftragt.
3. DBM reinigt zusätzlich zu der werktäglichen Reinigung bis auf weiteres auch an Samstagen und Sonntagen.
4. Mit einer Beschilderung sollen die nächtlichen Besucherinnen und Besucher des Northampton-Parks auf die Einhaltung der Nachtruhe hingewiesen werden.
5. Es soll geprüft werden, ob mit mehr Licht eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann.
6. Die Stadt Marburg soll das Land Hessen auffordern, im Hessischen Ladenöffnungsgesetz eine Regelung zu schaffen, nach der bei ordnungsrechtlichen Problemen ein Verkaufsverbot für alkoholische Getränke in den Abend- und Nachtstunden möglich ist.

zu 18.3 Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt 2017
hier: I-Nr. I111.004.9 "Software"
Vorlage: VO/5840/2017

Die Vorlage lag allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt folgende durch den Haupt- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse zur Kenntnis:

1. Gemäß § 102 Abs. 5 i. V. m. § 100 Abs. 1 HGO wird unter Anerkennung der Unabweisbarkeit der Leistung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei der I-Nr. I111.004.9 "Software" in Höhe von 300.000 € zugestimmt.

Die Deckung der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen bei den I.Nrn. I661.003.7 „Instandsetzung Troje-steg“ in Höhe von 250.000 € und I612.003.3 „Wohnumfeldgestaltung Stadtwald und Wald-tal“ in Höhe von 50.000 €.

2. Die Mittel sind gleichzeitig freigegeben.
3. Der Stadtverordnetenversammlung ist hiervon nachträglich Kenntnis zu geben.

zu 19 Überreichung der Verdienstmedaille der Universitätsstadt Marburg an Herrn Bürgermeister Dr. Franz Kahle und Frau Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach

Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies überreicht die Verdienstmedaille der Universitätsstadt Marburg an Bürgermeister Dr. Franz Kahle, dessen Amtszeit zum 30.09.2017 endet. Er dankt Bürgermeister Dr. Kahle für die in den vergangenen 16 Jahren zunächst als Stadtrat und anschließende als Bürgermeister geleistete Arbeit zum Wohle der Stadt Marburg und hebt in seiner Laudation einige Projekte hervor, die Bürgermeister Dr. Kahle als zuständiger Dezernent in seiner Amtszeit federführend mit begleitet, initiiert und zur Umsetzung gebracht hat.

Im Anschluss zeichnet Oberbürgermeister Dr. Spies auch Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach mit

der Verdienstmedaille der Universitätsstadt aus, deren Amtszeit ebenfalls zum 30.09.2017 endet. Auch ihr dankt er für die in ihrer 12-jährigen Amtszeit geleistete Arbeit zum Wohle der Universitätsstadt Marburg und hebt einige Projekte hervor, die Dr. Weinbach als zuständige Dezerentin in ihrer Amtszeit federführend begleitet und vorangetrieben hat.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk übermittelt den Dank und die Gratulation des Hauses und überreicht Blumensträuße an die Geehrten.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Die Stadtverordnetenvorsteherin erteilt der Stadtverordneten Stahl das Wort für eine persönliche Erklärung. Im Anschluss schließt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 21:40 Uhr.

Marburg, 23.10.2017

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Roger Pfalz
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Lothar Sprenger
Protokoll

Anlagen:

Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 6, 7, 11 und 16 bis 29